

## ***Unterschiede Schweiz und EU***

***Liebe Schweizerinnen und Schweizer, liebe Freundinnen und Freunde von Pro Schweiz!***

**Ich freue mich sehr, heute mit Ihnen das Thema «Unterschiedliche Wertvorstellungen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz» etwas näher zu beleuchten.**

Wir werden ja täglich berieselt und man will uns einreden, die EU sei quasi eine Wohltäterin und eine engere Bindung an sie wäre für die Schweiz von Vorteil. Gerade im Hinblick auf die kommenden Abstimmungen ist es wichtig, dass wir das genauer anschauen, analysieren und den einen oder anderen Trugschluss ausräumen.

Wenn man die EU betrachtet, sieht man ein Gebilde, das sowohl strukturell wie finanziell sehr zerbrechlich ist. Der Endzustand ist unklar. Verschiedene Mitgliedstaaten sind zerstritten – bei der Migration, der Verteidigung, der politischen Ausrichtung, bei der Frage, ob man Kriegsparteien unterstützen soll oder nicht. Es gibt Drohungen, Einschränkungen der Meinungsfreiheit, und das wird uns täglich vorgeführt. Trotzdem sagt man uns, das sei eine Einheit.

Was ist die EU eigentlich? Man will uns schmackhaft machen, sie sei ein Staat. Das ist sie aber nicht. Es sind 27 Mitgliedstaaten, die mehr oder weniger Einheit demonstrieren. Und uns wird gesagt, wir müssten unbedingt Zugang zu diesem EU-Binnenmarkt haben, zu diesem angeblichen Staat. Dabei ist wichtig zu wissen, mit wem wir überhaupt Handel treiben.

Wenn man die Zolldaten anschaut, sieht man, dass wir vor allem mit Baden-Württemberg, Bayern, Österreich, Italien, Norwegen und vielleicht noch Frankreich einen eigentlichen Handel treiben. Alles andere läuft unter «ferner liefern». Und da fragt man sich schon, warum wir mit der EU ein Vertragspaket abschliessen sollen, also quasi mit 27 Staaten, wenn nur wenige für uns wirklich relevant sind. Gerade mit Baden-Württemberg und Bayern haben wir hervorragende Beziehungen.

Ich kenne das aus meiner Zeit als Unternehmer im Medtech-Bereich. In Süddeutschland gibt es namhafte Medizinaltechnik-Unternehmen, mit denen ich selbst zusammengearbeitet habe. Und was ich Ihnen sagen kann: Die fassen sich an den Kopf und fragen, ob wir eigentlich «spinnen», uns wie von der Bundesratsmehrheit und den EU-Turbos geplant der EU zu unterstellen und uns der EU-Regulierungswut auszuliefern. Sie sagen: Ihr seid doch in einer wunderbaren Situation, innovativ, ihr stellt hervorragende Produkte her. Wir können Handel treiben – dafür brauchen wir Brüssel nicht und kein übergeordnetes bürokratisches System. Solcher Feststellungen muss man sich bewusst werden.

Es wird immer wieder behauptet, die Schweiz sei eine Rosinenpickerin. Doch wenn man die Fakten anschaut, sieht man zum Beispiel, dass wir rund 400'000 Grenzgänger aus der EU haben. Rechnet man mit einem tief angesetzten Durchschnittslohn von 65'000 Franken, fliessen fast 30 Milliarden Franken pro Jahr in

die EU zurück – Einkommen, das hier verdient und dort ausgegeben wird. Dazu kommt, dass EU-Studierende in der Schweiz für ein «Butterbrot» studieren können, nämlich zu den gleichen Gebühren wie Schweizerinnen und Schweizer. Auch das kostet uns mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr. Das sagt Ihnen kein Politiker. Stattdessen stempeln wir uns selbst als Bittsteller und Rosinenpicker. Dieses Bild ist falsch und muss korrigiert werden.

Wir sprechen immer von einer Wertegemeinschaft. Doch was man in der EU sieht – in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern – ist ein schleichend wachsendes Demokratiedefizit und eine besorgniserregende Einschränkung der Meinungsfreiheit. Wenn Bürgerinnen und Bürger eine Meinung äussern, die nicht dem politischen Mainstream der EU-Elite entspricht, gibt es Massnahmen, ja Strafen! Man bekommt «Besuch» von Sondereinheiten der Polizei, wie es auch einem Schweizer Bürger und Offizier passiert ist, persönliche Bankkonten werden gesperrt, die Bewegungsfreiheit in Hausarrest umgewandelt. Man scheut sich also nicht vor repressiven Schritten gegenüber Bürgern, Schweizer Bürgern! Das hat nichts mit Meinungsfreiheit zu tun und schon gar nichts mit einer Wertegemeinschaft, die zu uns passt. In der Schweiz gilt die Meinungsfreiheit noch. Sie wird hochgehalten und ist Teil unseres Demokratieverständnisses. Wollen wir uns an ein solches System binden? Ich meine klar: Nein.

Dann kommt die Frage der Rechtsdynamik und der Rechtssicherheit. Uns wird gesagt, wir würden klare Verhältnisse schaffen, wenn wir EU-Recht und die EU-Gerichtbarkeit übernehmen. Doch das hat nichts mit Rechtssicherheit zu tun. Wir würden gezwungen, in verschiedenen, lebenswichtigen Bereichen EU-Recht zu übernehmen, auch wenn es uns nichts bringt und mit unserem Handel nichts zu tun hat. Und das Entscheidende: **Die Übernahme von EU-Recht, welches im Interesse der Schweiz ist, wäre massiv eingeschränkt.** Genau das, was wir heute tun – nämlich dort übernehmen, wo es sinnvoll ist – wäre nicht mehr möglich.

Die Konfliktlösung wäre demokratisch und rechtlich abenteuerlich: Ein Schiedsgericht, das vom EU-Gerichtshof dominiert wird, entscheidet, ob wir uns dem EU-Recht beugen müssen. Und das Schlimmste ist, dass man von Ausgleichsmassnahmen spricht, wenn wir etwas ablehnen. «Ausgleichsmassnahmen» ist nur ein anderes Wort für Strafmassnahmen – eine **Verballhornung für repressive Strafmassnahmen.**

Und wie hoch diese finanziellen Strafen wären, ist nicht geregelt. Das kann ins Uferlose gehen. Das dürfen wir uns nicht aufbürden!

**Nur um in einzelnen Teilmärkten der EU aktiv zu sein, sollen wir unsere Souveränität preisgeben? Das geht nicht.**

Dann sind da noch die Migration und das Asylwesen. Das Schengen-Dublin-Abkommen ist aus den Fugen geraten. Es funktioniert nicht. Wir sind von EU-Ländern umgeben. Wie sollen Migranten über die grüne Grenze in die Schweiz kommen, wenn die anderen Länder ihre Aufgabe ernst nehmen würden? Sie kommen ja nicht mit dem Privatjet. Italien weigert sich, Personen zurückzunehmen.

Und weil wir schwache und willfährige Politiker haben, bleiben sie am Schluss hier. Oft können wir sie gar nicht mehr abschieben, weil sie zu lange da sind. Und zusätzlich erleben wir **«Turbo-Einbürgerungen»**, die das Problem weiter verschärfen. Das hat nichts mit der Personenfreizügigkeit zu tun. Es geht darum, dass wir kriminelle Asylanten und Migranten nicht abschieben. Wer sich nicht an unsere Regeln hält, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt. Die Politik muss endlich das Gesetz anwenden und durchsetzen, und zwar im Sinn des Volkswillens.

Nun zum Schweizer Modell. Unsere Souveränität ist ein Standortvorteil. Wir passen uns dort an, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist – wie alle anderen auch. Das ist keine Rosinenpickerei. Stellen Sie sich die Amerikaner oder Chinesen vor: Die würden nie im Traum daran denken, Zahlungen zu leisten, nur um in den EU-Markt liefern zu können. Natürlich haben sie mehr Muskeln, aber trotzdem: Es ist vernünftig, sich nur dort anzupassen, wo es Sinn macht.

Wir müssen innovativere, schlankere und **bessere auf die Schweizer Verhältnisse zugeschnittene Lösungen** entwickeln. Lassen wir uns nicht von einem zentral geführten Bürokratiemonster bevormunden. Alles, was wir tun, soll politisch rückgekoppelt sein – über Referenden und Initiativen. **Diese politische Rückkoppelung ist ein Kernstück unserer Demokratie und unseres Erfolges, unseres Wohlstandes.** Und unsere Demokratie soll ohne ausländische Einflüsse stattfinden. Das Schweizer Volk soll entscheiden. Und ich sage Ihnen: Wenn wir das EU-Vertragswerk unterschreiben, werden EU-Kommissäre vor Abstimmungen hier auftreten, uns Angst machen und mit Ausgleichsmassnahmen drohen. Das brauchen wir nicht.

Unsere Vorfahren würden sich im Grab umdrehen, wenn sie diese Feigheit sehen würden. Wir müssen stark und unabhängig bleiben und den Mut haben, das durchzusetzen, was uns nützt. Darum sagen wir: Innovation statt Bürokratie.

Unsere Beamten in Bern sind zur fünften Kolonne der EU geworden. Sie wollen uns in die EU drängen. Wir haben einen viel zu teuren Beamtenapparat: 40'000 Bundesangestellte mit einem Durchschnittslohn von 130'000 Franken. Rechnet man die Lohnnebenkosten dazu, sind das 5,5 bis 6 Milliarden Franken pro Jahr. Würde man die Hälfte entlassen, hätte man 3 Milliarden frei – zum Beispiel für die Armee. Und diese Beamten braucht es nicht. Dazu kommen eine **wachsende Bürokratie und eine zunehmende Bevormundung des Bürgers**, die unsere Freiheit und Innovationskraft bedrohen.

Wir müssen wieder eine schweizerische Tugend fördern: Eigenverantwortung. Die Familie soll entscheiden, nicht der Staat. Möglichst viel soll dezentral geregelt werden – von den Kantonen, den Gemeinden, letztlich vom Individuum. Das läuft den Interessen der EU zuwider, denn dort wird zentral entschieden.

Eine weitere Gefahr ist, dass durch zu viel Bürokratie die Innovation leidet. Doch Innovation ist eine unserer wichtigsten Erfolgsfaktoren. Wir müssen die Bildung fördern, das Interesse an neuen Ideen. Wir können mit der EU kooperieren, aber

auch mit anderen Märkten, auch asiatischen. Wir dürfen uns nicht nur auf die EU fokussieren.

Und darum sage ich es nochmals: **In der Schweiz ist das Volk der Chef. Das Volk gibt die Leitplanken vor. Und deshalb dürfen wir dieses EU-Vertragspaket auf keinen Fall in Kraft setzen.**

Ich freue mich, wenn Sie uns unterstützen – finanziell oder anders. Noch mehr freue ich mich, wenn Sie Mitglied werden oder eine unserer Veranstaltungen besuchen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.